

politischen Polarisierung auf der Agitation und Pflege durch engagierte Trägergruppen beruhten, somit das kollektive Selbstverständnis wesentlich aus der Konfrontation mit dem jeweiligen politischen Gegenüber hervorging, sind Züge eines Lagerkonflikts unverkennbar – freilich in primär kulturellen Arenen, mithin ohne tatsächliche soziale Antagonismen oder Milieuzusammenhänge abzubilden.¹⁴⁵³ Dennoch: Dieser Hinweis tut der Exzeptionalität der 1970er Jahre mit ihrer „eindeutig nach links“ tendierenden „ideologische[n] Ausrichtung der Studenten“¹⁴⁵⁴ keinen Abbruch. Bedenkt man, dass dieser Zeitraum zugleich „das entscheidende Jahrzehnt der Bildungsexpansion in der Bundesrepublik, die zuvor und danach langsamer verlief“, gewesen ist,¹⁴⁵⁵ lässt sich die politische Polarisierung als weltanschaulich ausgetragene Auseinandersetzung in den Reihen einer akademischen Jugend auffassen, die sich zunehmend aus Bildungsaufsteigern zusammensetzte.

Mit der Anwendung der Demokratie-Skala unter Studierenden¹⁴⁵⁶ hatte Max Kaase sich schon 1968 unerschrocken als neuer Klassiker der Erforschung von Studierenden und Politik in Stellung gebracht – zu Ungunsten des seit wenige Jahre zuvor vorgelegten, analytisch überlegeneren, aber weniger formalistisch fungiblen Konzepts von Habermas et al. Kaases Fragebatterien bildeten fortan das Standard-Instrumentarium vieler Studien, insbesondere des in den frühen 1980er Jahren initiierten *Studierenden-surveys*.

II.3.2 Abklingen der Polarisierung nach der „Friedensgeneration“ und Entpolitisierung: die 1980er Jahre

Letztmalig systematisch untersucht wurde die bald „alte“ politische Polarisierung zwischen linken und rechten Studierenden mit dem Infratest-Bericht *Politischer Protest in der Bundesrepublik* 1980, der das Protest- und Radikalismuspotenzial verschiedener Gruppen der deutschen Bevölkerung vergleichend untersuchte und ein starkes linkes Protestpotenzial – insgesamt 30 Prozent der Studierenden – feststellte, das sich von einem bevölkerungsweiten Gesamtpotenzial von 4,4 Prozent markant absetzte.¹⁴⁵⁷ Zugleich fiel die verstärkende Rolle eines zu Hochzeiten der „68er“-Studentenrevolte politisch sozialisierten Lehrpersonals auf, insbesondere aber auch die größere Virulenz dieses linken Potenzials unter Studierenden und Lehrenden der sozial- und geisteswissenschaftlichen Studienfächer.¹⁴⁵⁸ Als wesentliche Determinante linken politischen Protests machte man dabei „relative Deprivation“ aus, d. h. die „Enttäuschung des Anspruchs- und Erwartungsniveaus“ an die eigene Lebenssituation.¹⁴⁵⁹ Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation oder mit der Studiensituation, aber

1453 Vgl. Rohe: Wahlen und Wählertraditionen, S. 21.

1454 Schildt, Axel: Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90. Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 80, München 2007, S. 42.

1455 Vgl. *ibid.*

1456 Vgl. Kaase: Demokratische Einstellungen, S. 142 und 166–220.

1457 Vgl. Infratest Wirtschaftsforschung GmbH: Politischer Protest, S. 54 sowie die Einleitung dieser Studie.

1458 Vgl. *ibid.*, S. 55.

1459 *Ibid.*, S. 61.

insbesondere der pessimistische Blick auf die persönlichen Berufsperspektiven wurden hier als starke Einflüsse des linken Protestpotenzials der Studierenden identifiziert. Die Rolle dieses Zusammenhangs wurde dadurch verstärkt, dass linksstudentische berufliche Erwartungen nicht nur (aber auch) finanzielle Hoffnungen beinhalten, sondern auch den Anspruch auf arbeitspraktische Freiheiten und ideelle Erwartungen wie freie Entfaltung der eigenen Fähigkeiten und „Selbstverwirklichung“. ¹⁴⁶⁰ 94 Prozent der linken Studierenden bezeichneten sich (qua Bejahung des Prinzips der Freiheit, der Volksherrschaft und der im Grundgesetz fixierten Menschenrechte sowie der Ablehnung diktatorischer Staatsformen) als überzeugte Demokraten, ¹⁴⁶¹ obwohl 93 Prozent von ihnen „Diskrepanzen zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit“ (vornehmlich aufgrund des noch bis 1985 bundesweit gültigen „Extremistenbeschlusses“ §§ 88a, 126 StGB) ausmachten ¹⁴⁶² und nur 51 Prozent von ihnen – bzw. 73 Prozent der Studierenden insgesamt – der amtierenden Bundesregierung vertrauten. ¹⁴⁶³

Dabei ist eine weit verbreitete Zeitdiagnose des Dezennienwechsels zu berücksichtigen: die ziellose Frustration und kollektive Überflüssigkeitsempfindung einer Jugend, die durch eine jahrelang kriselnde Wirtschaft um die Einlösung des sozialliberalen politischen Versprechens auf Autonomie und Partizipation qua moderner Bildungspolitik betrogen worden sei. „Heute, im Zeichen der längsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit,“ – so Richter 1979 in einem Sammelband – „steht die Jugend, ein knappes Viertel der Bevölkerung, vor betrogenen Hoffnungen und uneingelösten Perspektiven. Auf neue Bildungsmodelle sind Schulstreß und Numerus Clausus gefolgt, auf Ausbildungsreformen Jugend- und Akademikerarbeitslosigkeit, auf die versprochene Zukunftspolitik der Verlust von Orientierung und Vertrauen.“ ¹⁴⁶⁴ Das Spektrum befürchteter Konsequenzen reichte damals offenbar bis zum substanziellen Legitimitätsverlust der bundesrepublikanischen Demokratie: „Von den Politikern kaum erkannt, drohen die Reaktionsweisen einer Generation im gesellschaftlichen Abseits die Stabilität unseres politischen Systems zu erschüttern.“ ¹⁴⁶⁵ Aus heutiger Sicht erscheint verblüffend, wie die politisch aktive akademische Jugend im Gefolge von „1968“ die Erwartungshaltung der älteren Generation verändert hat – denn ironischerweise machen manche der zum Teil vernichtenden Kommentare ausgerechnet die nunmehr resignierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen für das dieser Tage zur Mode gewordene defätistische Klima verantwortlich:

„Daß der Pessimismus gepflegt und jedermann als eine Pflicht auferlegt wird, gehört zu den negativen Merkmalen unserer Zeit, die das Mitleid vorwiegend in der Form des Selbstmitleides auftreten läßt und die weniger Probleme löst als darüber klagt,

1460 „Die Enttäuschung der beruflichen Erwartungen ist also nicht nur Auslöser persönlicher, ökonomisch motivierter Unzufriedenheit; sie trägt auch zur Enttäuschung ideeller Werte bei.“ Ibid., S. 70.

1461 Vgl. *ibid.*, S. 87f.

1462 *Ibid.*, S. 89.

1463 Vgl. *ibid.*, S. 95, außerdem die Skalen zum Vertrauen gegenüber der politischen Führung S. 101.

1464 Richter, Claus (Hg.): Die überflüssige Generation. Jugend zwischen Apathie und Aggression, Königstein/Ts 1979, Zitate aus dem Klappentext.

1465 *Ibid.*

daß sie überhaupt entstanden sind. So ist es offenbar auch die Pflicht der jungen Generation, sich selber leid zu tun und keine Hoffnungen zu haben [...]¹⁴⁶⁶

Wirft man einen Blick in zwei weitere, 1979 und 1982 durchgeführte, Studien (*Zwischen Revolution und Resignation?* von Christian Krause et al. und *Student heute. Angepaßt? Ausgestiegen?* von Glotz und Malanowski), so fällt tatsächlich auf, dass sich die lagerkonflikt-ähnliche Auseinandersetzung zwischen „linken“ und „rechten“ Studierenden – ohne dass dieses Richtungsschema dadurch schon obsolet geworden wäre! – bereits weitgehend in eine stark subkulturell gefärbte Auseinandersetzung zwischen „alternativen“ und „konventionellen“ Mentalitäten verwandelt hatte. Politische Zieldebatten schlugen vielerorts in ökologische und friedensbewegte Ethik-, Konsum- und Lebensstildiskussionen um; die alternativen Milieus differenzierten sich subkulturell aus und erinnerten stärker an die bürgerliche Lebensreformbewegung des späten *long century* als an den Parteienstreit der Weimarer Zeit. Vorbei war die Periode der APO und des KBW, überhaupt der verbalkommunistischen und über das Kaderprinzip organisierten Fundamentalopposition; die vielfach als „privatistisch“ und „entpolitisiert“ gescholtenen Reformatorinnen und Reformatoren alternativer „Lebenszusammenhänge“ traten das Erbe vor allem der antiautoritären Segmente der Studentenbewegung in den urbanen Zentren der durch die 1970er Jahre geschaffenen alternativkulturellen Infrastruktur an.¹⁴⁶⁷ Die Alternativbewegung, die eine neue Konjunktur von Jugend- und Studierendenstudien auslöste, war deutlich stärker – etwa in Alternativszene, quasi-monastischen Alternativprojekten und Alternativmentalität – auf *subkulturelle* und *lebensstilbezogene* Dimensionen fixiert: die „Betonung der Subjektivität für jede individuelle oder gesellschaftliche Praxis“ verband sich mit der „Infragestellung traditioneller Politik- und Organisationsformen.“¹⁴⁶⁸ Damit sollen zwar keineswegs die politischen Impulse depotenziert werden, die sich im lautstarken Auftreten einer Alternativbewegung, in Forderungen wie der Abschaffung der Atomkraft, der Gleichstellung der Geschlechter oder der politischen Organisation in Basisgruppen, ferner in alternativen Listen und Parteien,¹⁴⁶⁹ später nicht zuletzt in der Gründung der Grünen Partei geltend machte. Dennoch fällt auf: Das Politische wurde in den frühen 1980er Jahren (wieder) zum Teilbereich einer Reformbewegung, welche ihre Befreiungsperspektive in vielerlei Hinsicht in die Sphäre der Innerlichkeit zurücknahm und dabei nicht selten esoterisch verbrämte. Hierin liegt wohl einer der Gründe für die zeitdiagnostisch beliebte Metapher des „Rückzugs“ aus der öffentlichen Sphäre.

Indes: Das studentische Gegenmilieu schien auch in seiner alternativen Gestalt einen Nährboden für gesellschaftskritische und anti-institutionelle Subversivität zu bieten. Da sich die von der „No future“-Parole durchzogenen frühen 1980er Jahre, eine Phase der deutlich abgebremsten Bildungsexpansion, zudem durch eine breite Eintrübung der studentischen Berufsaussichten auszeichneten, ergab sich die Frage nach

1466 Rommel, Manfred: Die überflüssige Generation – Übersteigerte Hoffnungen, in: Richter, Claus (Hg.): Die überflüssige Generation. Jugend zwischen Apathie und Aggression, Königstein/Ts 1979, S. 88-95, hier S. 88.

1467 Vgl. Krause et al.: *Zwischen Revolution und Resignation?*, S. 32.

1468 Ibid., S. 186f., vgl. auch ibid. S. 189-194.

1469 Vgl. ibid.

einer potenziell erneuerten, diesmal frustrationsgetragenen, radikalen studentischen Oppositionsbewegung, einem zweiten „1968“. Man befürchtete die Distanzierung der „postmaterialistisch“ innervierten künftigen Funktionseliten von den demokratischen Institutionen. Denn wie schon 1975 nachgewiesen, existierte durchaus ein statistischer Zusammenhang zwischen individueller Erfolgs- bzw. Statuserwartung und Politisierungsgrad bzw. Neigung zu linkem Protestpotenzial. Es wird, wenn auch in enggeführtem tendenziösem Vokabular „ein sehr stark ausgeprägter“ Zusammenhang zwischen „perzipierter beruflicher Perspektive“, „extremer Linksorientierung“ und „hohem politischen Interesse“ ausgemacht, wenn auch die Kausalitätenfrage – mit anderen Worten: die Identifikation abhängiger und unabhängiger Variablen – ungeklärt bleibt.¹⁴⁷⁰ Und auch eine vergleichende Sekundärauswertung dreier verschiedener Surveys zu Einstellungen von Gesamtbevölkerung, Akademikern und Studenten konstatierte 1983, dass Studierende, die um ihren Status wie ihre Berufs- und Lebenschancen fürchteten, soziale Ungleichheiten und Chancenungleichheiten häufiger als zentrales gesellschaftliches Problem wahrnahmen und kritisierten, während die optimistischer gestimmten Studierenden zu Mustern der Legitimation dieser Ungleichheiten tendierten;¹⁴⁷¹ auch eine zunehmende, statusgruppenübergreifende Spaltung von geistes- bzw. sozialwissenschaftlicher und „ökonomisch-technischer“ Intelligenz über diese Frage wurde abermals angemerkt.¹⁴⁷²

Ansonsten sprechen die empirischen Ergebnisse für ein starkes demokratisches Selbstverständnis der Studierenden. Krause et al. konstatierten infolge ihrer von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Umfrage in den deutschen Universitätsstädten Frankfurt, Berlin (FU), Hamburg, Heidelberg und Bonn, dass 89 Prozent der Studierenden „prinzipielle Befürworter“ der Demokratie seien, insbesondere jene 55 Prozent, die die „gesellschaftspolitische Grundhaltung“ der sozialliberalen Koalition teilten; nur knapp 9 Prozent sprachen dem parlamentarischen Weg der politischen Einflussnahme die Effektivität ab.¹⁴⁷³ Sortiert nach „politisch-weltanschaulichen Denktraditionen“ gruppieren sich die Studierenden in 13 Prozent „Konservative“, 32,6 Prozent „Liberalen“, 22,4 Prozent „Sozialisten“, 23 Prozent „Neue Linke“ und 9 Prozent „Kommunisten“. ¹⁴⁷⁴ Beeindruckend erscheint aus heutiger Sicht die Verankerung alternativer Strömungen in der Universität, auch über die Kernorte Frankfurt a.M. und Berlin hinaus: 85,7 Prozent der Studierenden wussten von alternativen Lebensformen („solidarische“ Wohngemeinschaften und selbstverwaltete „Arbeitskollektive“ wie Werkstätten, Bäckereien, Cafés), ein Viertel beanspruchte, sie selbst umzusetzen; eine über-

1470 Does: Studenten 1975, S. 20.

1471 Vgl. Sandberger, Johann-Ulrich: Zwischen Legitimation und Kritik. Vorstellungen von Akademikern, Studenten und Bevölkerung zur sozialen Ungleichheit, in: Zeitschrift für Soziologie, 12. Jg., H. 3/1983, S. 181–202, hier S. 181, ferner *ibid.*, S. 200, wo konstatiert wird, „daß Hochschulabsolventen, denen eine nach gängiger Vorstellung ausbildungsadäquate Berufseinmündung verschlossen ist, in erhöhtem Maße zur Sozialkritik tendieren werden.“

1472 *Ibid.*, S. 200.

1473 Krause, Christian/Lehnert, Detlef/Scherer, Klaus-Jürgen: Zwischen Revolution und Resignation. Alternativkultur, politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft. Eine empirische Untersuchung über die politischen Einstellungen von Studenten. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, 1980, S. 104 und 157f.

1474 *Ibid.*, S. 105.

wältigende Mehrheit von 80 bis 90 Prozent stand ihnen grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber, und die zunächst gering erscheinenden 11,9 Prozent „harten“ Alternativen waren unterfüttert durch „deutliche Einflüsse alternativer Mentalität“ bei der Hälfte aller Studierenden.¹⁴⁷⁵ Die Alternativkultur im Jahr 1979 wird von Krause et al. mithin als „wesentliches Element des studentischen Selbstverständnisses“ angesehen.¹⁴⁷⁶ Ferner sympathisierte ein lagerübergreifender Teil von 21,7 Prozent der Befragten mit rätedemokratischen Prinzipien als Mittel direktdemokratischer Partizipation im Sinne einer „doppelstrategischen“ Verknüpfung von „institutioneller Arbeit mit außerparlamentarischen Aktionen“, also ohne damit antiparlamentarische oder „linksautoritäre“ Ziele zu verfolgen.¹⁴⁷⁷ 72,4 Prozent befürworteten überdies den Einsatz von Bürgerinitiativen, nur 22,7 Prozent vertrauten allein auf „konventionelle Methoden der politischen Beteiligung in Parteien, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Institutionen.“¹⁴⁷⁸ Mancherorts wurde dieses zunächst irritierende Bild als widersprüchliches Verhältnis zur Demokratie bzw. als Abkehr von deren westlichem Verständnis wahrgenommen.¹⁴⁷⁹ Doch zeigte sich in der Studie von Krause et al.: Außerparlamentarische Aktivitäten – inklusive alternativer Gesellungsformen – wurden mehrheitlich als ergänzende Methode der reformbasierten Herstellung einer besseren Gesellschaft verstanden, nicht als Ersatz der für die politische Aktivität vorgesehenen Institutionen.¹⁴⁸⁰ Nur 40 Prozent der kommunistischen Minderheit wehrten die Prinzipien der Mehrheit und Gewaltlosigkeit strikt ab.¹⁴⁸¹ Das so genannte „linksextreme Potenzial“ (also das Ausmaß der Unterstützung kommunistischer und anarchistischer Prinzipien), bemessen an Zustimmungswerten zu acht verschiedenen Frage-Items, bezifferten die Autoren auf gerade einmal 5,6 Prozent („vorherrschend linksextrem“) bzw. 7,2 Prozent („teilweise linksextrem“).¹⁴⁸² Die tatsächliche handlungsnormierende Qualität der vermöge der Items befürworteten Aussagen wird nicht untersucht, doch stellte man unter Befürwortern „linksextremer“ Positionen ein „überdurchschnittliches theoretisches Differenzierungsvermögen“ fest – was die Vorstellung einer Genese der teilweise harschen Gesellschaftskritik aus analysenmem Eskapismus widerlege.¹⁴⁸³ Im Hinblick auf die materielle Situation gab den Autoren der Studie zwar zu denken, dass etwa ein Drittel der Studierenden Behinderungen des Studiums durch Nebenjobs in Kauf nehmen müsse – Hunger oder größere Probleme beim Bestreiten des Alltags litte jedoch niemand, weshalb 52 Prozent von ih-

1475 Vgl. *ibid.*, S. 194, 198 und 202f.

1476 *Ibid.*, S. 194.

1477 *Ibid.*, S. 158f.

1478 *Ibid.*, S. 159.

1479 Vgl. 2. Studierenden survey 1984/85, S. 269.

1480 „Die hohe Zustimmungswerte von 71,7 % zum reformstrategischen Prinzip der demokratischen Ausgestaltung durch zahlreiche ‚kleinere Veränderungen‘ unterstreicht nachdrücklich, daß auch die meisten Studenten des linken Spektrums relativ weitgehende Transformationsziele auf einem ‚spielregelkonformen‘ Weg anstreben.“ Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 160.

1481 *Ibid.*, S. 161 und 105.

1482 *Ibid.*, S. 166-169.

1483 Vgl. *ibid.*, S. 177.

nen angaben, mit ihrer Studiensituation überwiegend zufrieden zu sein (nur 12 Prozent waren eher unzufrieden).¹⁴⁸⁴

Dennoch erschienen die Themen sozialer Ungleichheit und potenzieller politischer Radikalität der Studierenden infolge der protestreichen 1970er Jahre und die damit zusammenhängende Polarisierung der Studierenden und Akademiker in ein eher linkes, d. h. ungleichheitskritisches, und in ein eher rechtes, d. h. ungleichheitslegitimierendes Lager einigen Forscherinnen und Forschern weiterhin zentral. Das motivierte die zweite soeben erwähnte Studie, die 100 Frankfurter Studierende im Stichjahr 1980 befragte. Auch diese Studie versteht sich, wenn auch mit deutlich größeren methodischen und stilistischen Freiheiten verfasst, explizit als Folgestudie der „berühmte(n) Studie“ von Habermas et al.¹⁴⁸⁵ In dem ihr eigenen schwungvollen Stil wird an die Erhebungssituation der 1950er Jahre angeknüpft: „Die Studenten von damals sind die Eltern der Studenten von heute; sie sind das Gegenbild, die Autorität, von der man sich absetzt, sie haben die Lebensgeschichte gelebt, die die Heutigen nicht leben wollen.“¹⁴⁸⁶ Die Autoren der Studie beobachteten starke gesellschaftliche Entfremdungsempfindungen der Studierenden: zu kalt und leistungsorientiert, zu autoritätshörig und künstlich nahmen sie demnach den sozialen Umgang wahr.¹⁴⁸⁷ Solidarität, Kollektivität, Gemeinschaft und „Lebensqualität“ vermissten sie in ihrem Kultus der Unmittelbarkeit ebenso wie Räume zur ungebundenen Selbstverwirklichung,¹⁴⁸⁸ „mehr Menschwerdung“ bzw. „Menschsein“ und die Emanzipation der Frau forderten sie, und unter ihnen besonders die Alternativen.¹⁴⁸⁹ Das alles verbinde sich zu einer beachtlichen Sensibilität gegenüber den Schwächen des gesellschaftlichen Normalvollzugs. Zur oppositionellen politischen Organisation und zum radikalen Gegenentwurf, gar zum praktischen Ausstieg aber gegenüber der Missmut nicht:

„Antikapitalismus ist Grundstimmung, aber nicht mehr, wie zu Apo-Zeiten, Gegenprogramm, das Stoff für hitzige Theoriedebatten abgäbe. Die jungen Leute setzen weder auf die Diktatur des Proletariats noch auf die andere Heilsverkünder (Sinnproduzenten). [...] Apathie und Abkehr von der Gesellschaft und Feindschaft gegen einen Staat, der angeblich rigoros Gewalt ausübt, der unterdrückt und verfolgt, hat das Gewaltpotential unter Studenten [...] offenbar nicht vergrößert. Ohnmacht gegenüber der Übermacht, Anpassung trotz zorniger Parolen und die Einsicht, daß Terrorismus sinn- oder jedenfalls erfolglos ist, mögen dazu beigetragen haben [...]“¹⁴⁹⁰

Die Studierenden des Jahres 1980 erscheinen in dieser Studie als moralisch entrüstet und verbalradikal, aber politisch aktionsunfähig; die Suche nach individuellem Glück,

1484 Vgl. *ibid.*, S. 259 und 254. Insgesamt liefert die Studie – trotz ihres Umfangs und Facettenreichtums – zwar viele derartige Systematisierungen, auch lesenswerte Zusammenfassungen zeitgenössisch virulenter Themen. Insgesamt aber bleiben viele ihrer Ergebnisse unbefriedigend, da zwar im Stile der Einstellungsforschung Daten zusammengetragen werden, aber keine Analyse der sich historisch verändernden tieferliegenden ideologischen Orientierungsrahmen geleistet wird.

1485 Vgl. Glotz/Malanowski: Student heute, S. 7.

1486 *Ibid.*, S. 8.

1487 Vgl. *ibid.*, S. 112.

1488 Vgl. *ibid.*, S. 116f. und 127.

1489 Vgl. *ibid.*, S. 124 und 185.

1490 *Ibid.*, S. 119 und 145.

zunehmend auch im Privaten, bestimme das alltägliche Handeln.¹⁴⁹¹ Mehr noch: Nicht einmal jene, die marxistisches und anarchistisches Vokabular gebrauchten, seien noch im herkömmlichen Sinne politisch aktiv, sondern vielmehr „undogmatisch, antipolitisch und antiparteilich, mit Theorie wenig befrachtet, apparate- und organisationsfeindlich und privatistisch.“¹⁴⁹² Entfremdet zeigten sich die Studierenden auch von den politischen Parteien: „Abgehoben“ und selbstferenziell erschien ihnen der demokratische Prozess, Sympathien hegte man für die Vorstellung direkter Demokratie nach Rousseau'schem Ideal, kurz: für die Identität von allgemeinem Willen und Staatsräson.¹⁴⁹³ Nicht einmal die damals neue Partei der Grünen als Partei der „Alternativen“ schien ihnen eine Aussicht auf unkompromittierte politische Einflussnahme zu bieten.¹⁴⁹⁴ Der vor allem unter Alternativen omnipräsente Ruf nach „Demokratisierung“ erschien in den Interviewpassagen als Synonym für den inneren (Abkehr von Ehe und Zweierbeziehung) oder äußeren (Wohngemeinschaften, ländliche Subsistenzwirtschaft) Eskapismus, für die Flucht vor Verantwortungsübernahme und Auseinandersetzung.¹⁴⁹⁵ Politische Betätigung in den konventionellen wie unkonventionellen Formen der vorherigen Jahrzehnte lag der Mehrheit der Befragten fern, obwohl sie paradoxerweise eine starke Verpflichtung zu politischer Praxis empfanden: „Aktive Beteiligung bei Studenten ist selten, obgleich sie ihnen von der Idee her dringend geboten scheint.“¹⁴⁹⁶ Das polemisch gewürzte Fazit von Glotz und Malanowski lässt die Studierenden des Jahres 1980 einzigartig unreif, ja infantil erscheinen:

„Die Werte dieser Studentengeneration sind demokratischer als die der früheren Alterskohorten; aber sie sind der Gegenkontrolle durch die Wirklichkeit nie ausgesetzt worden. Die Studenten spüren, daß die protestantisch-kapitalistischen Tugenden in der postmateriellen Gesellschaft fragwürdig werden; aber mit ihrer rudimentären Sozialethik würden sie eine lebensfähige Industriekultur nicht gestalten können. [...] Sie sind toleranter, weicher, lockerer als ihre Vorgänger, aber auch sprunghafter, antriebschwächer und schreckhafter.“¹⁴⁹⁷

Interessanterweise setzte sich ausgerechnet unter dieser Oberfläche alternativer Mentalitäten und zielloser Wut die defätistische Tendenz als langfristige Entpolitisierung fort. Der Verlust politischer Gewissheiten erlaubte in der Folge eine rasche Umkehr der Werthaltungen und Handlungsmaximen der Studierenden, die an die von Schelsky beschriebenen Nachkriegsmentalitäten erinnert. Die „Entwicklung zu einem rationalen Pragmatismus“ wurde daher später als „eine vorherrschende Grundströmung der 80er

1491 Vgl. *ibid.*, S. 133-136.

1492 *Ibid.*, S. 133.

1493 Vgl. *ibid.*, S. 162-165 und 176.

1494 Vgl. *ibid.*, S. 169f.

1495 Vgl. *ibid.*, S. 185.

1496 *Ibid.*, S. 162f.

1497 *Ibid.*, S. 199. Siehe auch die Kurzzusammenfassung in der Einleitung des Bandes: „Wir konstatieren ein Verschwinden des Akademikerdünkels, aber auch eine Abschwächung der Leistungsethik, ein stabiles demokratisches Potential mit stark radikaldemokratischer Komponente, aber auch einen ausgeprägten Anti-Institutionalismus und einen seltsam deutschen Ekel gegenüber der Macht.“ *Ibid.*, S. 8.

Jahre¹⁴⁹⁸ identifiziert, während die „postmaterialistischen“ Innervationen verpufften: Perzipierte Berufschancen gewannen bei Studienmotivation und Fachwahl angehender Studierender an Bedeutung, außerdem konvergierte die „Abnahme ideell-sozialer“ mit einer „Zunahme materialistisch-egoistischer Werthaltungen“ und einer zügig wachsenden Ablehnung „alternativer“ Überzeugungen.¹⁴⁹⁹

Zunächst speiste sich auch das Interesse der 1984 veröffentlichten Pilotstudie des *Studierendensurveys*¹⁵⁰⁰ an den politischen Orientierungen der Studierenden im Wintersemester 1982/83 unmittelbar aus der Beobachtung der damaligen beruflichen Unsicherheiten junger Hochschulabsolventen.¹⁵⁰¹ Nicht nur Orientierungsprobleme während des Studiums und psychische Belastungsempfindungen häuften sich demnach infolge der vergleichsweise schlechten Berufsaussichten der Studierenden in den frühen 1980er Jahren,¹⁵⁰² auch der mehrfach konstatierte korrelative Zusammenhang zwischen bestimmten politischen, präziser: gesellschaftskritischen Einstellungstendenzen und den eingetrübten Zukunftsaussichten wurde hier abermals erhärtet.¹⁵⁰³ Berücksichtigt man, dass die schon oben erwähnte weltanschauliche Polarisierung zum Zeitpunkt der Publikation des 1. *Studierendensurveys* als hochgradig virulente, ja „immer wichtiger“¹⁵⁰⁴ werdende Konfliktlinie erschien, wird auch verständlich, warum in diesen Jahren ein geradezu distinkter Antagonismus zwischen konservativer politischer Positionierung und einer reformorientierten bzw. „radikal-sozialistischen“ Positionierung, jeweils in Übereinstimmung mit der Selbstverortung im politischen Richtungsschema „Links/Rechts“,¹⁵⁰⁵ anzutreffen gewesen ist. Und in der Tat ergab die repräsentative Befragung eine Hierarchisierung politischer Ziele entlang zweier „Hauptmuster“: eines, „das bewahrende und sichernde bis hin zu genuin konservativen Zielen beinhaltet“, und eines, „das verändernde, reformorientierte bis hin zu radikal-sozialistischen Zielen umfaßt“ – und zwar in starker Übereinstimmung mit der Selbsteinstufung als politisch „rechts“ bzw. „links“. ¹⁵⁰⁶ 31 Prozent der Befragten bezeichneten sich als „deutlich links“, 26 Prozent als „eher links“ gegenüber gerade einmal 5 Prozent „deutlich“ und 11 Prozent „eher“ rechts Orientierten; die Positionierungsfreude war wenig überraschender Weise bei den politisch Interessierten am größten.¹⁵⁰⁷ In summa kann man auch für das Wintersemester 1982/83 von einer linksorientierten Mehrheit sprechen und damit überdies von einem großen Kräfte-reservoir an engagementfreudigen Studierenden: 62 Prozent

1498 Studierendensurvey 1980er, S. III. Vgl. auch *ibid.*, S. 9.

1499 *Ibid.*

1500 Zwar wurden im Studierendensurvey nicht nur Daten zu Universitätsstudierenden, sondern in zunehmendem Maße auch Vergleichszahlen zu Fachhochschulen erhoben. Da sich die vorliegende Studie aber vornehmlich mit Studierenden an Volluniversitäten befasst, werden diese Vergleichszahlen im Folgenden ausgeblendet.

1501 Vgl. zur Feststellung einer „erheblichen Verunsicherung“ bezüglich der eigenen Berufschancen 1. Studierendensurvey 1982/83, S. 193 und 203, ferner eingehend Kapitel II.1 dieser Studie.

1502 Vgl. *ibid.*, S. 203.

1503 Vgl. *ibid.*, S. 209, wo unter Rekurs auf einschlägige Erhebungen und Studien auch die Vernachlässigung dieses Zusammenhangs bei Allerbeck und Kaase moniert wird.

1504 1. Studierendensurvey 1982/83, S. 209f.

1505 Vgl. *ibid.*, S. 229.

1506 *Ibid.*, S. 223.

1507 *Ibid.*, S. 225-228.

derjenigen, die sich als links bezeichneten, äußerten sich interessiert an studentischer Politik.¹⁵⁰⁸ Während Studierende der Sozial-, Sprach-, und Kulturwissenschaften stärker reformorientierte Ziele reklamierten, äußerten sich die angehenden Wirtschafts- und Rechtswissenschaftler sowie Mediziner stärker konservativ.¹⁵⁰⁹

Der *Studierendensurvey* differenzierte diesen allgemeinen Befund insofern, als dass die Intensität des politischen Interesses an sich zwar nicht von den Berufsaussichten der Befragten beeinflusst wurde, wohl aber das Interesse an studentischer bzw. Hochschulpolitik¹⁵¹⁰ – und dass „in allen Fächern Studierende mit besonders schlechten Berufsaussichten sich deutlicher links einstufen“ –, und zwar unabhängig davon, ob sie in aussichtsreichere oder weniger erfolgversprechende Studiengänge immatrikuliert waren.¹⁵¹¹ Schlechtere Berufsaussichten bedingten demnach eine stärkere „Konflikt- und Gewaltnähe“ und einen antiinstitutionellen Impuls (d. h. eine größere Zustimmung zu dem Item, „wirkliche Demokratisierung sei nur außerhalb der bestehenden Institutionen möglich“)¹⁵¹² nebst größerem Misstrauen gegenüber politischem Personal, Parteien und Parlamenten¹⁵¹³, nicht aber eine geringere Zustimmung zu demokratischen Prinzipien¹⁵¹⁴ – während Studierende, die günstige Berufsaussichten erwarteten, deutlich häufiger der Meinung waren, dass sich „unsere Demokratie bewährt“ habe und häufige Reformen ablehnten.¹⁵¹⁵ Als „brisant“ erschienen diese Ergebnisse vor allem deshalb, weil das beobachtete „kritische Klima“ die allgemeine „radikale Protestbereitschaft“ über Fächer- und Fakultätsgrenzen hinweg fördere.¹⁵¹⁶ Rein ökonomisch-materiell motiviere sich diese Frustration gleichwohl nicht; entscheidend sei vielmehr die „erlebte oder befürchtete Verhinderung der eigenen Selbstverwirklichung in einem autonomen Tätigkeitsrahmen“, d. h. in einer qualifikationsadäquaten Tätigkeit.¹⁵¹⁷ So wird unter Bekräftigung jener Tendenzen der von Infratest kartografierten 1970er Jahre resümiert:

„Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen politischen System, die Abwendung von etablierten Parteien, die Distanzierung gegenüber Parlamentarismus und gegenwärtiger Demokratie, all dies ist demnach vor allem auch eine Folge enttäuschter ideeller Werte und Erwartungen.“¹⁵¹⁸

1508 Vgl. *ibid.*, S. 228.

1509 Vgl. *ibid.*, S. 225.

1510 Vgl. *ibid.*, S. 211.

1511 *Ibid.*

1512 *Ibid.*

1513 „Wer schlechte Berufsaussichten wahrnimmt, stellt häufiger die etablierten politischen Parteien in Frage, bezweifelt eher, daß der Parlamentarismus ausreichende Möglichkeiten für eine demokratische Interessenvertretung der Bevölkerung bietet, meint entschiedener, daß sich die gegenwärtige Politik zu wenig an der Lebensqualität der Menschen orientiere, und ist in stärkerem Maße davon überzeugt, daß sich die etablierten Parteien zu wenig um die tatsächlich wichtigen und drängenden Probleme kümmern.“ *Ibid.*, S. 213.

1514 *Ibid.*, S. 211.

1515 *Ibid.* und *ibid.*, S. 212.

1516 *Ibid.*, S. 213.

1517 *Ibid.*

1518 „Hinsichtlich der politischen Beteiligung wird einerseits befürchtet, die Studierenden verhielten sich heute allzu apathisch und desinteressiert, andererseits wird vor der vorhandenen Protestbereitschaft gewarnt. Demokratische Einstellungen werden den Studierenden von einer Seite in

Aus diesem gesellschaftlich wie politisch befürchteten Anstieg politischer Radikalität einerseits, aber auch einer im Legitimitätsverlust politischer Institutionen begründeten „staatsverdrossenen“ politisch-apatthischen, womöglich gar demokratieskeptischen Studierendenschaft andererseits speiste sich der Wunsch, die politischen Orientierungen der Studierenden detaillierter auszuleuchten.¹⁵¹⁹ Man befand einen „hohen Stand des allgemein-politischen Interesses“, aber eine geringe „Informiertheit und Interesse für Hochschulpolitik und Studentenpolitik“, ferner 10 Prozent bis zu einem Drittel von Studierenden, die „harte“ Protestformen wie Störungen von Lehrveranstaltungen und Besetzungen von Instituten in bestimmten Fällen für legitim hielten.¹⁵²⁰ 54 Prozent der Befragten gaben an, „sehr stark“ am politischen Geschehen interessiert zu sein, nur 4 Prozent meldeten völliges Desinteresse an.¹⁵²¹ Gegenüber diesem grundsätzlichen Interesse aber fielen Lokalpolitik (starkes Interesse: 19 Prozent, Desinteresse: 22 Prozent), studentische Politik (starkes Interesse: 9 Prozent, Desinteresse: 34 Prozent) an der eigenen Hochschule sowie hochschulpolitische Fragen im Allgemeinen (starkes Interesse: 18 Prozent, Desinteresse: 18 Prozent) deutlich ab.¹⁵²² Hinsichtlich der aktiven politischen Beteiligung dominierten „unverbindliche und informierende“ Aktivitäten wie das Besuchen politischer Vorträge, Diskussionen und Veranstaltungen; eine Mehrheit von 73 Prozent bekundete, nicht in klassischen Vereinen, Verbänden, Organisationen oder Parteien aktiv mitzuwirken, während immerhin 43 Prozent zu Protokoll gaben, sich zumindest gelegentlich für bestimmte Parteien oder Kandidaten „einzusetzen“. ¹⁵²³ Das affektive Misstrauen gegenüber „Unfairness“ und „Unehrlichkeit“ im Politikbetrieb war, ähnlich wie in den 1960er Jahren, ebenso mehrheitsfähig wie latente Sympathien gegenüber außerparlamentarischem Protest.¹⁵²⁴ Allerdings tat dies weder der Einschätzung der eigenen politischen Kompetenzen noch einer grundsätzlichen Verpflichtungsempfindung gegenüber politischen Themen Abbruch: Ganze 94 Prozent stimmten voll oder teilweise der Aussage zu, „Gleichgültigkeit gegenüber Politik“ sei „verantwortungslos“, 84 Prozent verneinten ganz oder teilweise die These, ein Urteil über komplexe politische Zusammenhänge sei schwer zu fällen.¹⁵²⁵ Dementsprechend urteilsstark äußerten sie sich in den Fragebögen: „Überwiegend kritisch und distanziert“¹⁵²⁶ sah man

hohem Maße zugesprochen, während die andere Seite bezweifelt, daß Grundpositionen westlichen Demokratieverständnisses noch geteilt werden. [...] Schließlich wird einerseits ein Überwiegen alternativer Grundströmungen in den politischen Zielen vermutet, die die gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Verhältnisse sprengen, andererseits wird daran festgehalten, die Studenten würden nicht in überwiegendem Maße radikale Vorstellungen vertreten. Allein wegen dieser vielen Kontroversen kann selbst ein einfacher Überblick zur politischen Kultur der Studenten zu einer gewissen Klärung und zu einem besseren Verständnis ihres politischen Bewußtseins beitragen.“

Ibid., S. 214.

1519 So dargelegt *ibid.*

1520 *Ibid.*, S. 19.

1521 Vgl. *ibid.*, S. 214f.

1522 Vgl. *ibid.*, S. 215.

1523 *Ibid.*, S. 216.

1524 Vgl. *ibid.*, S. 217: 91 Prozent der Befragten stimmten teilweise bis voll der Aussage zu: „Wenn ich merke, daß die Verantwortlichen in der Politik Fehler machen oder eigenmächtig handeln, würde ich mich immer denen anschließen, die protestieren.“

1525 *Ibid.*

1526 *Ibid.*, S. 221.

die politischen Verhältnisse der frühen 1980er Jahre, zu wenig gehe es um „Lebensqualität“ und zu viel um wirtschaftliches Wachstum. Angesichts drängender Probleme des alltäglichen Lebens sei das Handeln der politischen Eliten unverständlich.¹⁵²⁷ Ferner widersprächen die „Überwachungspraxis“ und der herrschende „Umgang mit Demonstranten“ den von ihnen stipulierten demokratischen Prinzipien.¹⁵²⁸ Zweifel an der Veränderungskraft parlamentarischer Instrumente nährten bei einem großen Teil der Studierenden Sympathien für außerparlamentarische Wege der Interessendurchsetzung wie Bürgerinitiativen oder soziale Bewegungen.¹⁵²⁹ Zu den wichtigsten Zielen aller befragten Studierenden gehörte die „Durchsetzung gleicher Bildungschancen für alle Kinder“, die „Durchsetzung der vollen Gleichstellung der Frau im Beruf“, die „Priorität des Umweltschutzes vor wirtschaftlichem Wachstum“ und die „Stabilität sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse“.¹⁵³⁰

Unter verbaler Berufung auf die „schon klassische“¹⁵³¹ Studie von Habermas et al. und der damals aktuellen Folgestudie von Glotz/Malanowski fragte der *Studierendensurvey* unter Rückgriff auf die „Demokratieskala“ von Max Kaase präzise nach der Haltung der Studierenden zu demokratischen Prinzipien.¹⁵³² Die Befunde sprachen für eine Übereinstimmung der studentischen Orientierungen mit demokratischen „Grundvoraussetzungen“, wobei die Zustimmung zu Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht mit 93 Prozent und die Ablehnung des gewaltsamen Austragens von Konflikten mit 85 Prozent am höchsten ausfiel, während etwa ein Drittel der Studierenden Einschränkungen des Streik- und Demonstrationsrechts oder der kritischen Funktion der Opposition für legitim hielten.¹⁵³³ Der offensichtliche Schluss: „Gesellschaftsordnungen autoritären wie totalitären Zuschnitts hätten bei ihnen so gut wie keine Chance.“¹⁵³⁴ Im Längsschnitt von 1968 bis 1982/83 lasse sich eine deutliche Erhöhung des „demokratischen Anspruchsniveau[s]“ inklusive einer Höherbewertung individueller Rechte und einer stärkeren Bereitschaft zu Konflikt und Protest feststellen;¹⁵³⁵ Fächerdifferenzen fand man nur in geringem Maße,¹⁵³⁶ wohl aber einen starken Zusammenhang zwischen Festigkeit der demokratischen Grundüberzeugungen und kritischer Haltung ge-

1527 Ibid., S. 221f.

1528 Ibid., S. 223.

1529 Vgl. ibid.

1530 Ibid., S. 224.

1531 Ibid., S. 218.

1532 Als fünf exponierte Aspekte benennt man hier in Abwandlung der Kaase'schen Demokratieskala die „Befürwortung von Interessengruppen und deren Forderungen“, die „Anerkennung des Rechts auf Streiks und Demonstrationen“, die „Ablehnung des gewaltsamen Austragens von Konflikten“, die „Anerkennung der kritischen Funktion der politischen Opposition“ und die „Zustimmung zur Meinungs- und Demonstrationsfreiheit“. Ibid. Zu Kaases originärem Konzept vgl. Kaase: Demokratische Einstellungen, S. 142.

1533 Ibid.

1534 Ibid.

1535 Ibid., S. 220.

1536 So bewiesen sich die Studierenden der Sozial- und Geisteswissenschaften gegenüber Wirtschaftswissenschaftlern und Juristen „tendenziell demokratischere Haltungen“ hinsichtlich des „Primats öffentlicher Ordnung“ und der Bewertung der politischen Opposition. Ibid., S. 221.

genüber der demokratischen Realität in der Bundesrepublik bzw. der Befürwortung außerparlamentarischer Politikformen.¹⁵³⁷

Abschließend legte man den Studierenden Fragen zu gesellschaftlichen Entwicklungen und gesellschaftspolitischen Zielen vor, die sich um drei seinerzeit virulente gesellschaftliche Kernthemen gruppieren: soziale Ungleichheit bzw. soziale Gerechtigkeit (infolge des entsprechenden „hochgradigen Problembewußtsein[s]“ der Studentenbewegung der 1960er Jahre), alternativ-ökologische Strömungen (infolge der wachsenden Friedens- bzw. Anti-Atomkraft-Bewegung), und der gesellschaftliche Stellenwert des technischen Fortschritts (aufgrund einer damit verbundenen wachsenden Antagonismus zwischen Fortschrittsfreude und Technikfeindlichkeit).¹⁵³⁸ Dabei sah, von Fächerdifferenzen abgesehen, eine überwältigende Mehrheit von 90 Prozent mittlere bis große soziale Ungleichheiten in der Bundesrepublik, 34 Prozent von ihnen empfanden diese als ungerecht, weitere 53 Prozent als teilweise ungerechtfertigt.¹⁵³⁹ Materiellen Wohlstand schätzten 62 Prozent als zu hoch gehängtes politisches Ziel ein, Solidarität vermissten demgegenüber 80 Prozent.¹⁵⁴⁰ Studentinnen und Studierende der Sozialwissenschaften neigten stärker zur Perzeption von Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten und zu einer stärker ablehnenden Haltung gegenüber dem Wettbewerb; demgegenüber befürworteten Studierende der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften die bestehenden sozialen Verhältnisse deutlich häufiger.¹⁵⁴¹ Über die Hälfte der Studierenden stellten die etablierten politischen Parteien infrage,¹⁵⁴² ein Drittel von ihnen engagierte sich regelmäßig oder gelegentlich in der Friedensbewegung,¹⁵⁴³ ein Viertel befürwortete „autonome Lebens- und Arbeitskollektive“, wobei nur wenige unter ihnen solchen tatsächlich angehörten.¹⁵⁴⁴ Schließlich fiel eine im Vergleich zur Gesamtbevölkerung weit verbreitete Skepsis gegenüber einer zunehmend als potenziell bedrohlich wahrgenommenen technologischen Entwicklung unter den Studierenden auf, was auch mit mangelnder gymnasialer Schulbildung in diesem Bereich in Verbindung gebracht wurde.¹⁵⁴⁵

Der Weltanschauungskonflikt zwischen „alternativen“ und „konventionellen“ Werthaltungen bzw. Politikverständnissen blieb in den 1980er Jahren zunächst weiterhin prägend, verlor allerdings nach und nach an Relevanz. Eine durch Persönlichkeitsentfaltung, ökologisch-friedenspolitisch-feministischer Sensibilität und relative Gering-schätzung materieller Fragen gekennzeichnete „Alternativ-Mentalität“ erfreute sich 1984/85 noch unter 12 Prozent der Studierenden großer Beliebtheit, weitere 21 Prozent standen ihr aufgeschlossen, 34 Prozent indifferent gegenüber; Vorbehalte empfanden

1537 So wird konstatiert, „daß in den Fächergruppen, in denen die demokratischen Grundüberzeugungen weiter verbreitet sind, zugleich die vorhandenen demokratischen Verhältnisse distanzierter betrachtet werden.“ Ibid.

1538 Ibid., S. 228.

1539 Vgl. *ibid.*, S. 231.

1540 Vgl. *ibid.*, S. 230.

1541 Vgl. *ibid.*, S. 232.

1542 Ibid., S. 234.

1543 Vgl. *ibid.*, S. 236.

1544 Ibid., S. 234.

1545 Vgl. *ibid.*, S. 238f.

24 Prozent, strikte Ablehnung 9 Prozent.¹⁵⁴⁶ Das entsprach einem Rückgang alternativer Orientierungen und einer beginnenden „Wende zu konventionelleren Einstellungen“. Die „kulturelle Kluft“ zwischen den Fächergruppen blieb erhalten.¹⁵⁴⁷ Und abermals erwies sich die Konfliktkonstellation zwischen „alternativen“ und „konventionellen“ Studierenden als analog zum traditionellen Richtungsschema „links“ bzw. „rechts“ – gemessen an den politischen Vorstellungen über „Gleichheit und Mitbestimmung, Emanzipation und Partizipation“.¹⁵⁴⁸ „Alternative“ und „konventionelle“ Studierende verfügten demnach, auch über den Konflikt der „Lager“ vermittelt, über jeweils strukturierende Orientierungshilfen zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen.¹⁵⁴⁹ Das macht sich insbesondere auch im differierenden Demokratieverständnis deutlich:

„Alternative sind fast stets militante, kritische Demokraten, für die Demokratie Auseinandersetzung und Konflikt sowie Opposition und Demonstration bedeutet. Ein Teil von ihnen geht davon aus, daß bestimmte Konflikte auch in demokratischen Gesellschaften gewaltsam gelöst werden müssen. [...] Die Konventionellen stellen sich im Zweifelsfalle dann mehrheitlich auf die Seite von Ruhe und Ordnung, die Alternativen votieren einhellig für Demonstrationen und Streiks.“¹⁵⁵⁰

Jedoch scheint sich die Schärfe dieses Konflikts zwischen 1982/83 und 1984/85 bereits abgemildert zu haben.¹⁵⁵¹

Da die Studierenden im 2. *Studierendensurvey* als prospektive Funktions- und Machtträger, als Pioniere „neuer kultureller und politischer Entwicklungen“ und als potenziell politisch-rebellisch intervenierende Sozialgruppe identifiziert wurden,¹⁵⁵² fragte man erneut detailliert nach politischen und demokratischen Orientierungen. Im Ergebnis bezeichneten sich 48 Prozent der Studierenden an Universitäten als sehr stark politisch interessiert am allgemeinen politischen Geschehen (6 Prozent desinteressiert), an der Lokalpolitik 18 Prozent (23 Prozent desinteressiert), an hochschulpolitischen Fragen 15 Prozent (20 Prozent desinteressiert) und an der unmittelbaren studentischen Politik 7 Prozent (39 Prozent desinteressiert).¹⁵⁵³ 31 Prozent verorten sich im „extrem“ linken Spektrum, weitere 26 Prozent mittig-links – gegenüber 12 Prozent mittig-Rechten und 5 Prozent „extrem“ Rechten.¹⁵⁵⁴ Gemessen an parteipolitischen „Grundrichtungen“ war grüne bzw. alternative Politik mit ca. 25 Prozent Identifikation unter den Studierenden am beliebtesten, gefolgt von sozialdemokratischer Politik mit ca. 15 Prozent; christlich-konservative Politik wurde von 16 Prozent befürwortet, aber von 45 Prozent strikt abgelehnt; kommunistische (3 Prozent) und nationalkonservative (1 Prozent) politische Prinzipien blieben randständig.¹⁵⁵⁵ Die vordringlichsten politischen Ziele waren nun die Gleichstellung der Geschlechter, ein politischer Fokus auf Umweltschutz zuungunsten

1546 2. Studierendensurvey 1984/85, S. 284 und 288f.

1547 Ibid., S. 291-293.

1548 Ibid., S. 306.

1549 Vgl. ibid., S. 310f.

1550 Ibid., S. 308.

1551 Vgl. ibid.

1552 Ibid., S. 241.

1553 Vgl. ibid., S. 243.

1554 Vgl. ibid., S. 247.

1555 Ibid., S. 254-258.

der Wirtschaftskraft, und die Stabilität der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse.¹⁵⁵⁶ Der Blick auf das „politische Potenzial“¹⁵⁵⁷ der Studierenden ergab unter anderem, dass hohes politisches Interesse und starkes Engagement in sozialwissenschaftlichen Fächern vornehmlich eine „linke“ Angelegenheit war, während in wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Studiengängen eine besonders interessierte und aktive „Mitte“ dominierte; großes politisches Potenzial zeigte sich durchweg sowohl in geistes- als auch in naturwissenschaftlichen Studiengängen.¹⁵⁵⁸ Drei Fünftel der Studierenden empfand eine Verpflichtung zur politischen Betätigung, etwa die Hälfte monierte mangelnde politische Partizipationsmöglichkeiten.¹⁵⁵⁹ An autonomen Arbeitskollektiven und Wohngemeinschaften beteiligten sich 6 bzw. 11 Prozent, weitere 20 bzw. 12 Prozent beabsichtigten dies in Zukunft; 25 Prozent engagierten sich in Bürgerinitiativen und 31 Prozent in der Friedensbewegung, weitere 36 bzw. 23 Prozent konnten sich ein solches Engagement vorstellen.¹⁵⁶⁰ Indes: Nach Zusammenhängen der politischen Orientierungen und des politischen Verhaltens mit den von ihnen wahrgenommenen künftigen Berufs- und Statuschancen wurde nicht mehr gefragt.

Die große Mehrheit der Studierendenschaft votierte auch 1984/85 wieder für wesentliche demokratische Grundprinzipien und lehnte autoritäre bzw. diktatorische Regierungsformen strikt ab; 94 Prozent sprachen sich ferner gegen „Gewalt als Mittel der Politik“ aus.¹⁵⁶¹ Eine Einteilung der Befragten in Typen demokratischer Unterstützung ergab ein Mischungsverhältnis von 36 Prozent „vehementen Demokraten“, 37 Prozent „eindeutigen Demokraten“ (zusammen drei Viertel), 21 Prozent „labilen Demokraten“ und 6 Prozent „tendenzielle Anti-Demokraten“.¹⁵⁶² Diese mehr als robusten Werte taten aber der unverändert kritischen Bewertung der demokratischen Realität der Bundesrepublik keinen Abbruch: 58 Prozent zweifelten an der Verwirklichung demokratischer Ideale, etwa ein Drittel von ihnen hielt die bisherigen institutionellen Mittel für unzureichend¹⁵⁶³ – wobei die Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen „von linken [d. h. stärker reformorientierten, J. S.] und rechten [d. h. stärker affirmativen, J. S.] Studenten nahezu diametral unterschiedlich“ eingeschätzt wurde.¹⁵⁶⁴

Der 3. *Studierendensurvey* (durchgeführt im Wintersemester 1987/88) bestätigte viele der durch die beiden Vorgängerstudien bereits angezeigten Trends. Zwar blieb das allgemeine politische Interesse mit 50 Prozent „sehr stark“ Interessierten (5 Prozent „sehr gering“) unverändert hoch, doch geriet die Beschäftigung mit Hochschulpolitik immer unattraktiver: Nur mehr 14 Prozent beschäftigten sich aktiv mit hochschulpolitischen Fragen, 7 Prozent mit konkreter studentischer Politik vor Ort.¹⁵⁶⁵ Weiterhin

1556 Vgl. *ibid.*, S. 262.

1557 *Ibid.*, S. 248.

1558 *Ibid.*, S. 251. Indes bezeichneten sich auch politisch Uninteressierte eher als mittig, vgl. *ibid.*, S. 248.

1559 Vgl. *ibid.*, S. 251f.

1560 Vgl. *ibid.*, S. 294.

1561 *Ibid.*, S. 267f.

1562 *Ibid.*, S. 268f.

1563 Vgl. *ibid.*, S. 272f.

1564 *Ibid.*, S. 274.

1565 *Studierendensurvey 1980er*, S. 212f.

ordnen sich 31 Prozent der Studierenden einem „linken“ politischen Standort zu.¹⁵⁶⁶ Konstant blieben außerdem die Unzufriedenheit über politische Partizipationschancen und die verbreitete Distanz zur institutionalisierten Politik bei ungebrochener politischer Verpflichtungsempfindung (60 Prozent betonten ihre diesbezügliche Verantwortlichkeit),¹⁵⁶⁷ überdies auch die fachbezogenen Differenzen im politischen Interesse. Das „subjektive politische Kompetenzgefühl“ der Studierenden ist gleichzeitig angestiegen wie die Bereitschaft zu Protest bei politischen Fehlentwicklungen (20 Prozent gaben an, prinzipiell dazu bereit zu sein, weitere 50 Prozent, es teilweise bzw. themenabhängig zu sein¹⁵⁶⁸) und wird, verbunden mit der Empfindung normativer Verpflichtung zu politischer Verantwortung, als Indiz dafür gewertet, „daß politische Aktivitäten von Studierenden – bei aktuellen Anlässen – jederzeit wieder möglich sind.“¹⁵⁶⁹ An entsprechenden inhaltlichen Motiven jedenfalls mangelte es nicht: Drei Viertel der Studierenden monierten eine zu starke Orientierung der Politik an Wachstum und industriellen Interessen, dagegen mangelndes Engagement für die „Lebensqualität der Menschen“.¹⁵⁷⁰

Befragt nach den gesellschaftlichen Verhältnissen der späten 1980er Jahre lobten mehr Studierende die politische Realisierung individueller Freiheiten, kritisierten aber eine mangelnde Verwirklichung sozialer Gleichheit,¹⁵⁷¹ einen Verlust an sozialer Sicherheit bzw. sozialem Frieden¹⁵⁷² und eine steigende Ungerechtigkeit sozialer Diskrepanzen.¹⁵⁷³ Chancengerechtigkeit (gleiche Aufstiegschancen für alle Bürger) sah etwa ein Drittel als gesellschaftlich nicht gegeben an, Leistungsgerechtigkeit (Abhängigkeit des Einkommens von der persönlichen Anstrengung) demgegenüber jeweils ein Viertel realisiert bzw. nicht realisiert.¹⁵⁷⁴ Als dramatischste Trendwende wird die Umkehr von Technikskepsis in Techniksympathie¹⁵⁷⁵ und, parallel dazu, die zügige Erosion alternativer Orientierungen wie der postmateriellen Selbstverwirklichungsempphase nebst Renaissance materieller Prioritäten und Genese einer neuen konventionalistischen Mehrheit zwischen 1983 und 1987¹⁵⁷⁶ gewertet. Um eine Selbstverortung im Richtungsschema „Links/Rechts“ wurden die Befragten nicht mehr gebeten.

Bezüglich des studentischen Demokratieverständnisses wies man abermals auf die substanzielle Transformation seit den mehrheitlich konventionalistischen, aber auch stärker gewalttoleranten späten 1960er Jahren hin: Im Unterschied zu 1968 (17 Prozent)

1566 Vgl. *ibid.*, S. 218.

1567 Vgl. *ibid.*, S. 215f.

1568 Vgl. *ibid.*, S. 217.

1569 *Ibid.*

1570 *Ibid.*, S. 231.

1571 Vgl. *ibid.*, S. 233f.

1572 Vgl. *ibid.*, S. 235.

1573 Vgl. *ibid.*, S. 239f.

1574 Vgl. *ibid.*, S. 240.

1575 „Die Haltung gegenüber dem technischen Fortschritt hat sich massiv verändert; war noch vor vier Jahren bei einem großen Teil [...] Technik-Skepsis, ja Technikfeindlichkeit verbreitet, so ist gegenwärtig Technik-Vertrauen wieder am verbreitetsten [...]“, *ibid.*, S. 237.

1576 Vgl. *ibid.*, S. 241-246. „Alle einzelnen Elemente der alternativen Orientierungen sind von diesem Rückgang betroffen, in auffälliger Weise vor allem der alternative Grundwert der Selbstverwirklichung sowie die Formen eines anderen Lebens [...] Dem entspricht die wieder häufigere Betonung von ‚materiellem Wohlstand‘ und die stärkere Ausprägung materiell-instrumenteller Vorstellungen in anderen Bereichen (wie Studienmotive, berufliche Werte).“ *Ibid.*, S. 241f.

stimmten 1987 nur noch 7 Prozent der Studierenden der Aussage, bestimmte Konflikte in einer demokratischen Gesellschaft müssten je nach Situation eventuell gewalttätig ausgetragen werden, zu;¹⁵⁷⁷ der Zustimmungswert zu einer unkritischen, regierungsstützenden Opposition sank im selben Zeitraum von 28 auf 16 Prozent. Dass das Recht zu Streiks und Demonstrationen bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung entzogen werden sollte, befürworteten statt vormals 46 Prozent nur noch 25 Prozent der Studierenden.¹⁵⁷⁸ Infolge der unverändert starken Befürwortung demokratischer Grundprinzipien wie Meinungs- und Demonstrationsfreiheit und der von zwei Dritteln der Befragten kritisierten Mängel demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten¹⁵⁷⁹ wird der Schluss einer „Verbreiterung und Stabilisierung der demokratischen Überzeugungen“ gezogen.¹⁵⁸⁰ Erstmals aber führte das Selbstverständnis der Studierenden als überzeugte Demokratinnen und Demokraten in deutlich geringerem Maße zum Ruf nach Partizipation und plebiszitären Instrumenten; demgegenüber wuchs, von Fächerdifferenzen abgesehen, das Vertrauen in demokratische Institutionen – wenngleich keineswegs in Parteien, politische Eliten und deren politische Praxis!¹⁵⁸¹

Die Aufführung der Daten rechtfertigte man im zusammenfassenden Band 1989 damit, den Klischees „einer vermuteten ‚radikalen Extremität‘ [sic] oder ‚apathischen Desinteressiertheit‘“ mit einem differenzierten „Meinungsbild“ begegnen zu wollen.¹⁵⁸² Erkennbar ist das forschersische Erkenntnisinteresse infolge der gesunkenen Konfliktivität der einstigen politischen Polarisierung hier auf eine Aktualisierung der Daten zusammengeschrumpft. Gewiss, in den politischen Einstellungsdimensionen war sie noch messbar, die Spaltung zwischen unverändert hohem (wenn auch stagnierendem) Zuspruch zu „grün-alternativen“ und sozialdemokratischen Strömungen einerseits und einem leichten Zugewinn an liberalen und christlich-konservativen Positionen¹⁵⁸³ andererseits. Doch der neue dominierende Trend zwischen 1985 und 1987, diametral demjenigen zwischen 1983 und 1985 entgegengesetzt,¹⁵⁸⁴ wies in Richtung Harmonie- und Sekuritätsorientierung. Schließlich fiel die Unterstützung sozialistischer Ziele wie die Festlegung einer Einkommenshöchstgrenze oder die Abschaffung des Privateigentums stark; demgegenüber reüssierten stabilitätsorientierte wie markt- und wettbewerbsfreundliche Positionen, generell „moderate Reformziele“, aber auch ein erhöhtes Risikobewusstsein.¹⁵⁸⁵ Spürbar also haben sich – insbesondere mit Blick auf die 1990er Jahre – die Studierenden hinsichtlich ihrer politischen Präferenzen entpolarisiert.

1577 Dennoch ist der an anderer Stelle getätigte Hinweis, dass die Ablehnung gewalttätiger Handlungen gegen Sachen noch einmal deutlich geringer ausfällt (25 Prozent) als im Falle von gegen Personen gerichteter Gewalt (8 Prozent), zu berücksichtigen. Vgl. Jaide, Walter/Veen, Hans-Joachim: Bilanz der Jugendforschung. Ergebnisse empirischer Analysen in der Bundesrepublik Deutschland von 1975 bis 1987, Paderborn 1989, S. 209.

1578 Vgl. Studierendensurvey 1980er, S. 226f.

1579 Vgl. *ibid.*, S. 235.

1580 *Ibid.*, S. 228.

1581 Vgl. *ibid.*, S. 229–232.

1582 *Ibid.*, S. 212.

1583 *Ibid.*, S. 222–225.

1584 Vgl. 4. Studierendensurvey 1989/90, S. 60.

1585 Studierendensurvey 1980er, S. 220f. und S. 241.

Im Wintersemester 1989/90 erreichte das studentische politische Interesse mit 55 Prozent ein letztes Mal den vormaligen Höhepunkt von 1983, während das distanzierte Verhältnis zur Hochschulpolitik mit 7 Prozent stark Interessierten und ca. 40 Prozent überhaupt nicht Interessierten unverändert blieb. Erstmals überholten die Studierenden der Rechtswissenschaften sowohl hinsichtlich des politischen Interesses (70 Prozent stark Interessierten) als auch in Kategorien des politischen Engagements die Sozialwissenschaften.¹⁵⁸⁶ Das Selbstverständnis als Phalanx der Demokratie festigte sich weiter: Das „Grundverständnis einer pluralistischen, offenen und kontroversen, dabei gewaltfreien Demokratie“ wurde „nahezu einmütig geteilt“.¹⁵⁸⁷ Im Konflikt zwischen der Priorität des Rechts auf Streiks und Demonstrationen und des Rechts auf öffentliche Ordnung neigten die Studierenden knapp, aber doch tendenziell letzterer zu.¹⁵⁸⁸ Eine überwältigende Mehrheit von 90 Prozent lehnte Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung ab.¹⁵⁸⁹ Erhöhter Popularität erfreuten sich die Sicherung der freien Marktwirtschaft und des privaten Unternehmertums (74 Prozent Zustimmung) sowie die Forderung nach harter Bestrafung von Kriminellen (49 statt 42 Prozent 1985); dagegen verloren der Ausbau der Kernenergie, die Erhöhung der Militärausgaben, aber auch sozialistische Ideen wie die Abschaffung des Privateigentums im selben Zeitraum drastisch an Rückhalt.¹⁵⁹⁰ Die Zustimmung zur Aussage: „Ohne Wettbewerb strengen sich die Menschen nicht an“ stieg seit 1983 von 30 auf 45 Prozent, war somit beinahe mehrheitsfähig, wobei Studentinnen sowohl die Chancen- als auch Leistungsgerechtigkeit deutlich skeptischer beurteilten und ein fortschreitendes Abtragen gesellschaftlicher Solidarität monierten.¹⁵⁹¹ Als die drei wichtigsten gesellschaftspolitischen Ziele identifizierte man die Geschlechtergleichstellung, den Primat des Umweltschutzes vor ökonomischem Wachstum und die Stabilität der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse.¹⁵⁹² Obwohl man zudem die wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit als grundsätzlich konsolidiert, die eigenen Aufstiegschancen zunehmend als günstig wahrnahm, stieg die Distanz zu den „politischen Verhältnissen“: die „Lebensqualität der Menschen“ werde zugunsten industrieller Interessen vernachlässigt.¹⁵⁹³ Alternative Orientierungen verloren an Universitäten weiter an Rückhalt, während mittlerweile 51 Prozent der Studierenden (1983: 38 Prozent) den Verzicht auf materiellen Wohlstand ablehnten.¹⁵⁹⁴

So sind die 1980er Jahre, das Jahrzehnt nach dem bisher größten Bildungsexpansionsschub, mit Blick auf die politischen Einstellungen und Orientierungen der bundesrepublikanischen Studierenden insgesamt gekennzeichnet durch einen verblassten Konflikt zwischen „linken“ (bzw. alternativen) und „rechten“ (bzw. konventionalistischen) Selbstverständnissen, mithin durch einen Zug zur mentalitären „Vermittlung“ der Studierendenschaft, d. h. einem Abschmelzen sowohl des links-progressiven bzw. alternativen Lagers als auch des bürgerlich-traditionellen Lagers. Die Studierenden ent-

1586 Vgl. 4. Studierenden survey 1989/90, S. 55.

1587 Ibid. S. 57.

1588 Vgl. *ibid.*, S. 58.

1589 Vgl. *ibid.*

1590 Vgl. *ibid.*, S. 55 und S. 57.

1591 Ibid., S. 59f.

1592 Ibid., S. 57.

1593 Vgl. *ibid.*, S. 58f.

1594 Vgl. *ibid.*, S. 60f.

politisierten sich, übten einen „Rückzug aus dem öffentlichen Leben“¹⁵⁹⁵, aber intensivierte auch ihre prodemokratischen Überzeugungen. Im Laufe der Beforschung der Studierenden verlor das wenige Jahre zuvor intensiv diskutierte Verhältnis der Studierenden zu Demokratie und gesellschaftlichen Institutionen an prosaisch-dramatischer Qualität, sicher auch schlicht an Aktualität. So geriet unter anderem die anfängliche, an Studien der 1970er Jahre anschließende Frage nach Interdependenzen zwischen perzipierten Berufschancen, gesellschaftskritischen Impulsen und politischer Radikalität aus dem Blickfeld. Zwar wurde das politische Potenzial, verstanden als politische Aktivitätsbereitschaft, von den Autoren des Studierenden surveys unverändert als hoch eingeschätzt, dennoch kommen die hier diagnostizierten Entwicklungen retrospektiv betrachtet einer zukunftsweisenden politischen Ausdifferenzierung und Individualisierung, mithin einer bildungsgesellschaftlichen Modernisierung der studentischen Orientierungen gleich.

Für den politikwissenschaftlichen Blick ist mit diesen Entwicklungen seit den späten 1980er Jahren ein wahrer *evergreen* der Erforschung von Studierenden im Speziellen und Jugendlichem bzw. jungen Erwachsenen im Allgemeinen vorgegeben: die Diagnose eines schwindenden Vertrauens in demokratische Institutionen und eines versiegenden Interesses an der politischen Praxis, vulgo: einer grassierenden „Politikverdrossenheit“.¹⁵⁹⁶

II.3.3 Sinkende Relevanz von Politik, Protestnostalgie und neue Bedenken: die 1990er und 2000er Jahre

Zu Anfang dieses Kapitels ist bereits auf jene Mehrdimensionalität gesellschaftlicher Entwicklungen verwiesen worden, die sich grundsätzlich gegen eine bündige Charakteristik von Dekaden sperrt. Dem ist hinzuzufügen, dass die 1990er Jahre „ein besonders vielschichtiges, auch widersprüchliches Jahrzehnt“, eine spezifische Mixtur aus „Veränderung und Stillstand“¹⁵⁹⁷ beschreiben. Die Wiedervereinigungseuphorie ging zum Tagesgeschäft der Strukturentwicklung der Ex-DDR über, deren Bevölkerung zunehmend von Sorgen um die eigene Existenzsicherung geplagt wurde; vielfach wurde ein „Rollback“ der Liberalisierungserfolge seit „1968“ konstatiert, die soziale Horizontalisierung der Bildungsexpansion stagnierte, und im Zuge neoliberaler Politikmoden sowie des „New Economy“-Booms wurde nicht nur der Sozialstaat, sondern wurden in besonderem Maße auch die Bildungsinstitutionen nach wirtschaftlichen Effizienzkriterien restrukturiert.¹⁵⁹⁸ Wirtschaftsfreundliche Stimmen monierten einen Reformstau im vermeintlich schwerfälligen, überlebten Wohlfahrtsstaat Deutschland,¹⁵⁹⁹ während die zur Mobilisierung ihrer Kräfte aufgerufene Erwerbsbevölkerung zunehmend mit dem von Stefan Hradil beobachteten „Wandel des Wertewandels“, der „neue[n] Suche nach

1595 Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 3.

1596 Ibid., S. 3f.

1597 Walter: Rebellen, Propheten, Tabubrecher, S. 331.

1598 Vgl. *ibid.*, S. 330-335 sowie Kapitel II.1 dieser Studie.

1599 Vgl. *ibid.*, S. 332.